

Kleine Anfrage 2331

der Abgeordneten Iris Schülzke
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

LKW Kartell

Die Nutzfahrzeug-Hersteller Daimler, Iveco, DAF, MAN und Volvo/Renault haben nicht nur jahrelang illegal die Verkaufspreise abgesprochen, sondern sich auch auf einen Zeitplan zur Einführung von Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffausstoßes geeinigt. Die Kosten haben sie auf die Kunden abgewälzt.

Sie haben sich durch ihre Absprachen dem Konkurrenzdruck entzogen, was eindeutig zulasten der Kunden ging. Damit sind Käufer und Leasingnehmer massiv geschädigt worden.

2011 brachte MAN dieses Kartell, durch Selbstanzeige, zur Strecke. Wenn zwischen 1997 und 2011 einen Lkw mit mehr als sechs Tonnen Gesamtgewicht der genannten Marken gekauft oder geleast worden ist, kann Schadensersatz eingefordert werden.

Anspruchsgrundlage ist das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Es sieht eine Beweiserleichterung durch sogenannte Bindungswirkungen vor. Die Beweislast ist damit umgekehrt. Die Gerichte sind an die Feststellungen der EU-Behörden gebunden.

Besonderer Vorteil: Die neue EU-Regel muss zwar in Deutschland erst noch umgesetzt werden, dennoch wird sie bereits jetzt für aktuelle Streitigkeiten angewendet. Alle Geschädigten des LKW-Kartells fallen demnach unter die neue Gesetzesregelung.

Die EU-Kommission geht davon aus, dass durch die illegalen Absprachen der Kaufpreis der betroffenen Lkw zwischen zehn bis 20 Prozent überhöht ausfiel. Als Kunde könnten demnach also zehn bis 20 Prozent des Kaufpreises bzw. der Leasingraten zurückverlangt werden, wenn in der fraglichen Zeit einen Lkw der betroffenen Marken gekauft oder geleast worden ist.

Anfang 2011 hat das Bundeskartellamt ein Feuerwehrbeschaffungskartell von vier Firmen aufgedeckt und Bußgelder in einer Gesamthöhe von 50,5 Millionen gegen die beteiligten Unternehmen verhängt. In der Folge kam es zu einer außergerichtlichen Vereinbarung zu möglichem Schadensersatz.

Die Kartell – belasteten Unternehmen zahlen rund 6,7 Millionen Euro in einen Regulierungsfonds.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wieviel LKW der oben genannten Marken wurden in der Zeit für die Feuerwehren, die Landesstraßenbetriebe und andere Landesbetriebe zwischen 1997 und 2011 beschafft? (bitte in Tabellenform mit Landesbetrieb, Hersteller und Anschaffungsjahr)
2. Wieviel LKW der oben genannten Marken wurden in der Zeit zwischen 1997 und 2011 geleast? (bitte in Tabellenform, siehe Frage 1)
3. Wieviel LKW, beschafft durch das Land Brandenburg, wurden durch zentrale Ausschreibung speziell für Feuerwehr und Katastrophenschutz angeschafft, die dann den Kommunen zur Verfügung standen?
4. Sind wegen der Kartellabsprachen bereits Schadensersatzforderungen gegen die LKW Hersteller geltend gemacht worden? (bitte in Tabellenform, nach Hersteller und Anmeldungshöhe)
5. Wurden durch die Landkreise Schadensersatzforderungen gegen die LKW Hersteller geltend gemacht und in welcher Höhe?
6. Wurden wegen des Feuerwehrbeschaffungskarell Schadensersatzforderungen seitens des Landes und/oder der Landkreise bzw. der Kommunen gegenüber den Ausrüstern geltend gemacht?
7. Wenn Nein, warum wurden keine Schadensersatzansprüche geltend gemacht?